
Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Mord an John F. Kennedy

Nach dem Tod John F. Kennedys untersuchte das MfS die Reaktionen der DDR-Bevölkerung und fasste diese in einem Bericht für die SED-Führung zusammen.

Die Ermordung des populären US-Präsidenten John F. Kennedy in Dallas im November 1963 löste auch in der DDR starke Reaktionen der Bevölkerung aus. Nur wenige Monate zuvor hatte dieser West-Berlin besucht und in seiner medienwirksamen Rede vor dem Schöneberger Rathaus den legendären Ausspruch "Ich bin ein Berliner" geprägt.

Die Stasi sammelte für eine "Einzelinformation" an das SED-Politbüro verschiedene Meinungen und resümierte: "Von einer großen Anzahl der Bevölkerung der DDR wird der Mord an Kennedy ehrlich bedauert und als faschistische Methode abgelehnt." Besonders durch junge Leuten an Oberschulen und Hochschulen habe Kennedy eine hohe Wertschätzung erfahren. Auch in Kirchenkreisen hätten die Menschen vereinzelt weitergehende Beileidsbezeugungen, wie beispielsweise Schweigeminuten, gefordert und teilweise durchgeführt.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 823, Bl. 1-7

Metadaten

Urheber: MfS
Rechte: BStU

Datum: 29.11.1963

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Mord an John F. Kennedy

BStU
000001

Ablage

730 63

Verteiler

1. Gen. Hbr.	✓
2. " Kon.	✓
3. " Stb.	✓
4. " Vor.	✓
5. " Hdb.	✓
6. <i>Ablage</i>	

89.11.63

6 Eor.

7 RB.

6. Eor.

E.I

über

die Reaktion der Bevölkerung der DDR zum Mord an John F. Kennedy

Seit Bekanntwerden der ersten Meldungen über das Attentat auf den Präsidenten der USA John F. Kennedy steht dieser Vorfall im Mittelpunkt zahlreicher Diskussionen. Die Ermordung des Präsidenten Kennedy hat in allen Bevölkerungsschichten der DDR eine starke Reaktion hervorgerufen. Übereinstimmend wird in den Diskussionen der Mord an Kennedy als hinterhältig, gemein und verabscheuungswürdig verurteilt. Von einer großen Anzahl der Bevölkerung der DDR wird der Mord an Kennedy ehrlich bedauert und als faschistische Methode abgelehnt.

Bereits vor Veröffentlichung entsprechender ausführlicher Kommentare in unserer Presse und in den übrigen Publikationsmitteln über die Ursachen und Hintergründe des Attentats auf Kennedy, zog eine Reihe von DDR-Bürgern selbst politisch richtige Schlussfolgerungen und schätzte die Umstände und Hintergründe der Mordtat ähnlich ein.

In vielen Argumentationen wurde unmittelbar nach Bekanntwerden der ersten Meldungen über den Mord darauf verwiesen, daß entsprechend der politischen Situation in Texas, insbesondere

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Mord an John F. Kennedy

- 2 -

BStU
000002

in Dallas und im Zusammenhang mit der Rassenfrage in den USA, die Täter in Kreisen der Rassisten und Rechtsextremisten zu suchen seien. Es wurde eingeschätzt, daß der Vorfall im weiteren Ermittlungsverfahren gegen die oder den Täter lediglich innenpolitischen Charakter habe und einzig und allein in den USA selbst zu klären sei.

Bereits kurz nach den ersten Meldungen wurde weiter von einer Reihe von DDR-Bürgern eingeschätzt, es bestände die Möglichkeit des Versuches bestimmter Kreise der USA, Kommunisten mit dem Attentat entweder zu belasten oder zumindest in Verbindung zu bringen, um von den skandalösen innenpolitischen Vorgängen in den USA abzulenken und evtl. eine Zuspitzung der außenpolitischen Situation zu erreichen.

Diese Fragen wurden auch in der Folgezeit in starkem Maße diskutiert, wobei die Überzeugung vorherrschte, daß es sich um einen durch eine bestimmte Gruppe aus Kreisen der Rassisten und Rechtsextremisten geplanten und organisierten Mord handele.

Die Behauptung von NATO-Besatzern, der oder die Mörder seien in kommunistischen und Kuba-freundlichen Kreisen zu suchen, wird von der Mehrheit der Bevölkerung zurückgewiesen. In Argumentationen wird herausgestellt, diese Anschuldigungen seien lediglich ein Versuch, dieses Attentat politisch gegen das sozialistische Lager und besonders gegen Kuba auszunutzen.

Im weiteren Verlauf der Argumentation der Bevölkerung, noch verstärkt nach Bekanntwerden des Mordes an dem vorgeschrieblichen Attentäter Oswald, wurden von der Bevölkerung im breiten Umfang die Begriffe "Freier Staat Amerika", "Freie Demokratie in den USA" u.dgl. erörtert, wobei eingeschätzt wurde, daß es sich bei dieser häufigen "Charakterisierung" der USA-Staaten durch westliche Politiker und verblendete Bürger der DDR lediglich um eine Irreführung handele und in Wirklichkeit von Freiheit und Demokratie in den USA nicht die Rede sein könne. Wiederholt wurden Vergleiche zu sozialistischen Staaten angestellt und wurde anerkannt, daß es z.B. in der DDR zu derartigen innenpolitischen Auseinandersetzungen und in diesem Zusammenhang zu Mord und Totschlag nicht kommen könnte,

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Mord an John F. Kennedy

- 3 -

BStU
000003

da die politischen und menschlichen Beziehungen gegen eine derartige Handlungsweise sprechen würden. In allen Bevölkerungsschichten sind dabei Meinungen aufgetreten, wonach dem Teil der DDR-Bürger, der sich durch NATO-Sender u.ä. Einflüsse bisher noch ^{von} "Freiheit des Westens" blenden ließ, klargeworden sei, unter welchen terroristischen Methoden sich das politische Leben in den westlichen Staaten abspiele. In einigen Meinungen von Rückkehrern und Erstausziehenden kam zum Ausdruck, froh darüber zu sein, jetzt in einem demokratischen Staat zu leben, in dem die Grundlagen für derartige Vorfälle nicht vorhanden seien.

Nach der Ermordung Kennedys äußerte sich ein beträchtlicher Teil von DDR-Bürgern besorgt zur weiteren Entwicklung der politischen Weltlage, insbesondere zur Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und der SU. Dabei wurde die teilweise verständigkeitsfreundliche Politik Kennedys hervorgehoben. Ferner wird verstärkt darüber diskutiert, ob der neue Präsident Johnson die Außenpolitik Kennedys in dieser Richtung fortsetzen wird. Über die zu erwartende Politik des neuen Präsidenten werden zur Zeit noch die verschiedensten Spekulationen angestellt, die von einer bevorstehenden Verbesserung der Beziehungen zwischen SU und USA über den völligen Abbruch der Verhandlungen bis zur "Verbrüderung" mit den Rassenfanatikern und den Faschisten der USA reichen.

Ein kleiner Teil der Bevölkerung der DDR bringt Besorgnis zum Ausdruck, daß es evtl. als Folge der Ermordung Kennedys zu einem Krieg kommen könnte, wobei auf die verschiedensten Beispiele aus der Geschichte verwiesen wird. Die Überlegungen dieses Teiles der Bevölkerung gehen dahin, daß evtl. in Kürze eine spürbare Verschlechterung der Beziehungen zwischen Kuba und den USA eintreten werde und auf Betreiben der Ultras Aggressionshandlungen gegen Kuba stattfinden könnten. Ferner wird die Verantwortung geklärt, die militaristische Bonner Regierung könne den Präsidentenwechsel in den USA zur Erlangung von Atomwaffen für Westdeutschland ausnutzen und aggressive Schritte zur Regelung der Westberlinfrage unternehmen. Ausbilden Versionen wird abgeleitet, daß daraus ein Weltkrieg entstehen könne.

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Mord an John F. Kennedy

- 4 -

BStU
000004

Außerungen, die Ermordung Kennedys könne in der Konsequenz negative Auswirkungen für die fortschrittlichen Kräfte und die Mitglieder der Kommunistischen Partei der USA haben, sind verbreitet.

Befürchtungen, der neue Präsident Johnson könne die durch Kennedy eingeleiteten Schritte zur Entspannung nicht anerkennen und evtl. unter dem Druck der Ultras die Ratifizierung des Moskauer Teststoppabkommens annullieren, sind in allen Bezirken vorhanden.

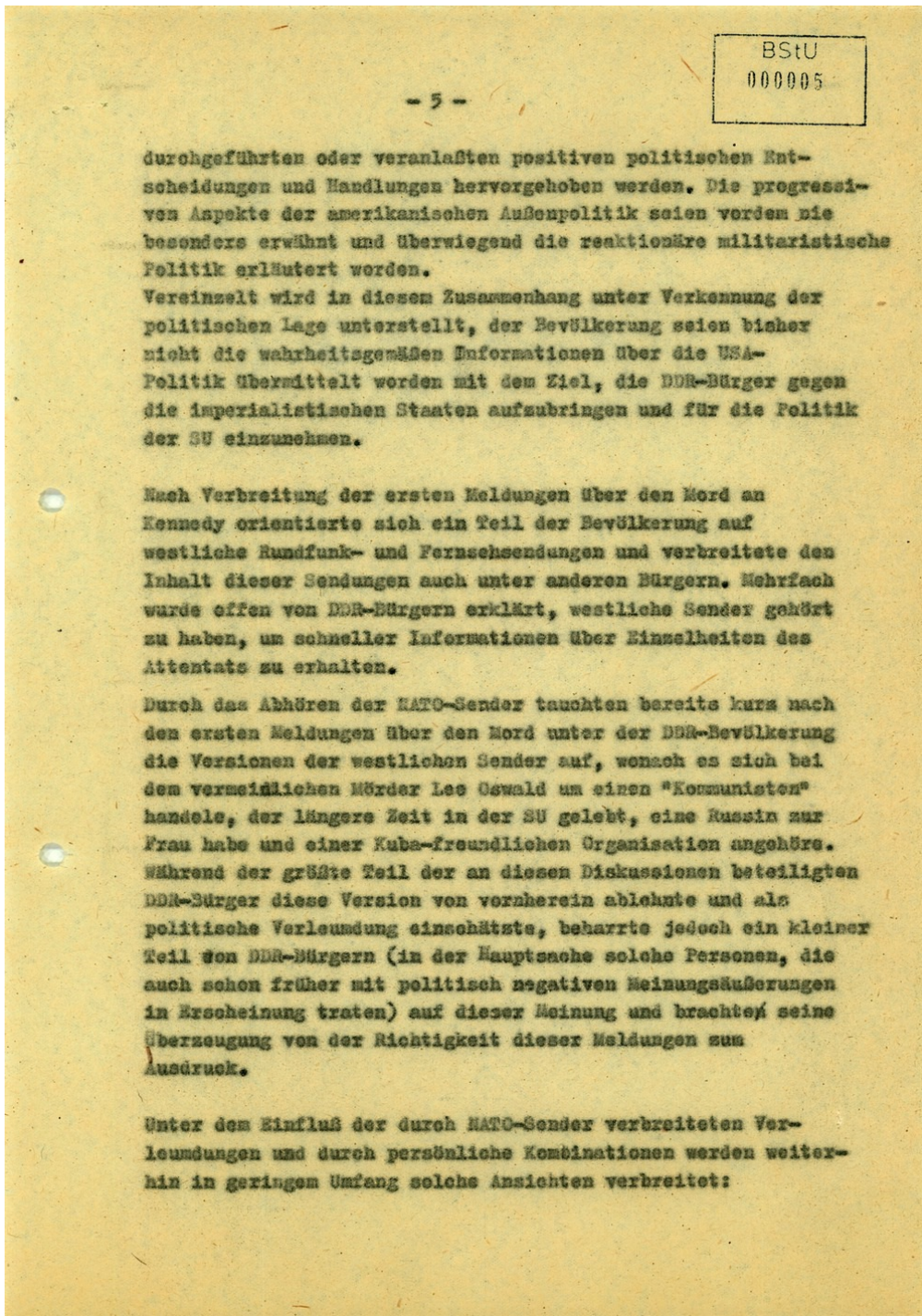
Die Folgen des Attentates seien nach Meinung vieler Bürger noch nicht abzusehen.

In vielen Diskussionen wird die positive Seite der Kennedyschen Politik herausgestellt. Besonders werden dabei die "Bestrebungen Kennedys nach einer Politik der Verständigung" und eine "Klärung der rassenpolitischen Frage in den USA" angeführt. Nach dem bisherigen Verlauf dieser Argumentationen ist aber auch einzuschätzen, daß ein nicht geringer Teil der Bevölkerung die politische Einstellung und die "Verdienste" Kennedys zur Durchsetzung einer Politik der Verständigung zum Teil stark überbewertet.

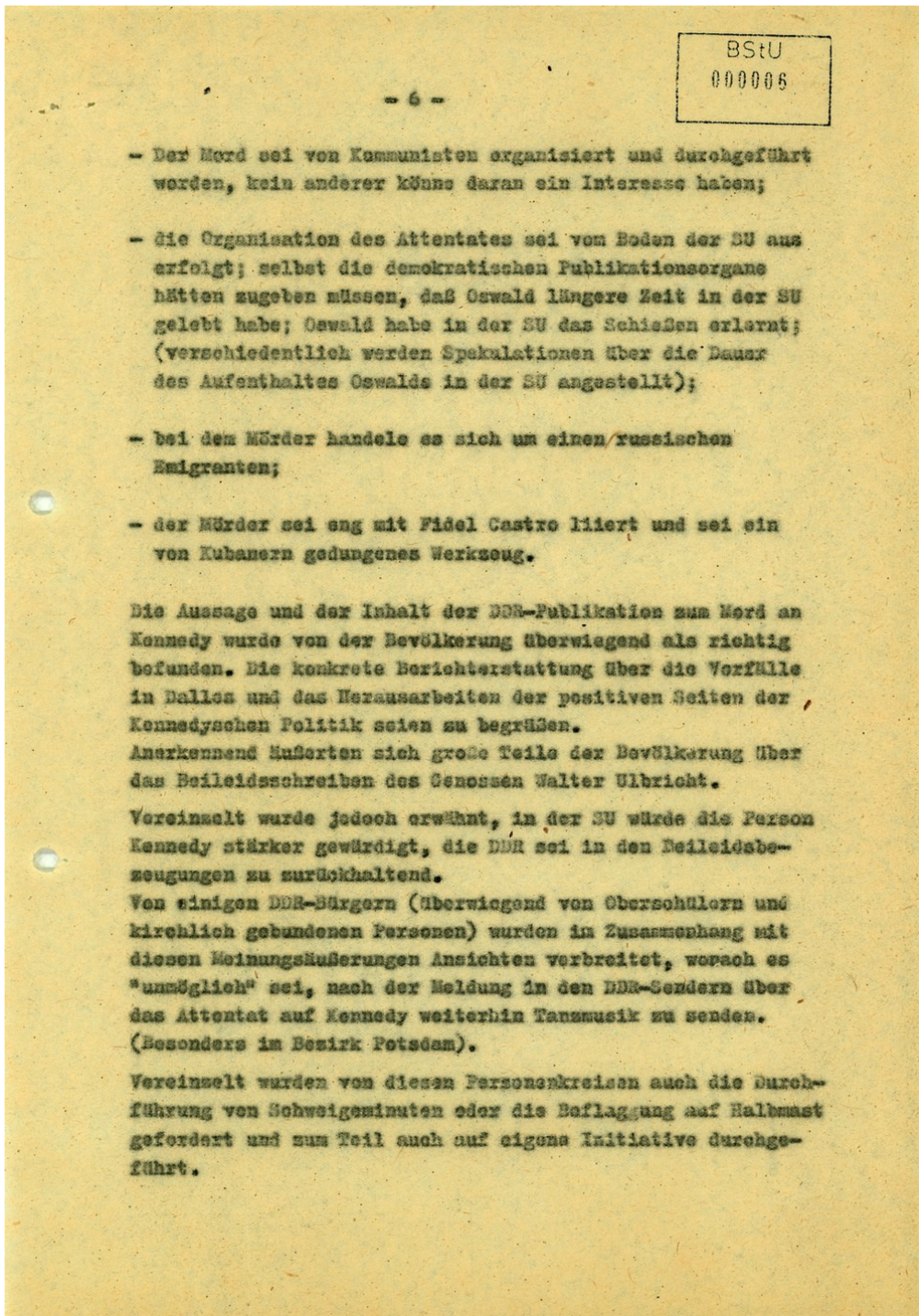
So werden neben Argumenten, die teilweise starke Sympathien für Kennedy erkennen lassen, Stimmen in der Richtung laut, auf die alleinige Initiative Kennedys seien überhaupt erste Schritte zur Politik der Verständigung, zur Klärung der Krise im karibischen Raum, zum Zustandekommen eines Teststoppabkommens u.dgl. unternommen worden, wobei versucht wird, die Rolle der SU abzuschwächen oder zu unterschätzen. Zur Bekräftigung dieser Meinungen werden zusammenhanglose Passagen aus Veröffentlichungen der demokratischen Presse zitiert, in denen bestimmte positive Züge Kennedys angeführt wurden. Einige Bürger (vor allem Oberschüler und Studenten) sprechen davon, daß Kennedy der "größte und mächtigste" Staatsmann der gegenwärtigen Epoche gewesen sei, "an den keiner herankomme".

Im geringen Umfang wird von DDR-Bürgern Unverständnis darüber zum Ausdruck gebracht, daß in den letzten Tagen in unseren Publikationsorganen die unter der Präsidentschaft Kennedys

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Mord an John F. Kennedy



Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Mord an John F. Kennedy



Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Mord an John F. Kennedy

